



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein Gruß an die Süddeutschen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ein Gruß an die Süddeutschen.

Nicht immer werden die großen Momente einer Nation von den Mithandelnden in gehobener Stimmung und mit dem vollen Bewußtsein eines mächtigen Thuns durchlebt. Was späteren Geschlechtern hervorgegangen erscheint aus dem gewaltigen Zuge des Volksgemüths, das ist, so lange es wird, ein Kampf, dem Sorge und Haß, bittere Stimmungen, schweres Gefühl der Verantwortlichkeit, Unsicherheit und innerer Widerspruch nicht fehlen. Und bei dem Fortschritt, den die Einigung deutscher Stämme jetzt macht, trug vieles bei, das stolze Bewußtsein eines starken Erfolges zu stören. Die Veranlassung ein innerer Krieg, das neue Parlament durch den Sieger eingerichtet, was so lange Sehnsucht der Besten war, wird fast in Form eines Befehls lebendig. Auch die mehrjährige ununterbrochene parlamentarische Arbeit in dem Reichstage und in den Einzelstaaten hat die Frische vermindert, dauernde Störungen im Verkehrsleben haben dem Wohlstand vieler Wunden geschlagen und die Seelen kleinmüthig gemacht. Vielen Deutschen sind die Forderungen, welche der neue Staat erhebt, noch etwas Fremdartiges, ja Widerwärtiges. Das Neue hat noch nicht Zeit gewonnen, überall unleugharen Segen zu verbreiten, und doch ist der erste Sturm der Begeisterung verrauscht und die sügsame Behendigkeit der Noth geschwunden, die Reaction hat überall ihre Kräfte gesammelt und die Stellen gesucht, wo sie das neue Leben schädigen könne. Endlich ist die nächste Aufgabe des Parlaments die Ausgleichung sehr materieller, einander feindlicher Interessen. So kommt es, daß die Mitglieder des Zollparlaments mehr besorgten und unzufriedenen Geschäftsleuten, als politischen Führern einer großen und edeln Nation gleichen.

Auch wer die volle Wärme einer schöpferischen Zeit in sich trägt, mag ernstest Besorgniß sich nicht ent schlagen, die fortgesetzten hastigen Rüstungen Frankreichs mahnen zur Vorsicht, die schamlosen Verbindungen der Gegner mit jeder feindlichen Macht des Auslandes demüthigen das deutsche Ehrgefühl. Es ist sicher keine Zeit, sich heiterer Freude zu überlassen.

Aber wir sind Deutsche, und wenn unser Wesen eine charakteristische Grenzboten II. 1868,

Eigenschaft hat, welche uns von den Romanen und Slaven unterscheidet, so ist dieses Eigene das tiefe Bedürfniß, neben dem Egoismus unserer Arbeit und den Familiengefühlen etwas Höheres zu haben, dem wir uns innig hingeben, wodurch wir unser Leben weihen. Selten war dem Deutschen diese Höhe sein Staat, zuweilen ein starker Kaiser, lange die Kirche, dann fremdes Volksthum, das uns übermäßig imponirte, endlich unsere Poesie und Wissenschaft. Aber in den Jahrhunderten, in denen wir den Staat entbehren mußten, ist der deutsche Zug, sich einem großen Ganzen hinzugeben, die Sehnsucht, stolz zu sein, zu einem sehr leidenschaftlichen Gefühl geworden, welches auch in den untersten Schichten des Volkes bemerkbar wird, viel wirksamer als unsere Gegner meinen. Denn was den Deutschen im Auslande so häufig bewog, heimische Art und Sitte mit der eines fremden Volkes zu vertauschen, das war im letzten Grunde nichts als das demüthigende Bewußtsein eines Mangels im eignen Leben; was jetzt viele wackere Landsleute zu eifrigen Batern, Schwaben, Welfen macht, ist nur das gemüthliche Verhältniß, in welches sie sich zu dem Staat ihrer Heimath gesetzt haben. Warum sind die ultramontanen Deutschen die zuverlässigsten und wärmsten Anhänger eines fremden politischen Princips? Weil die Treue und das Bedürfniß der Hingabe an eine große Gemeinschaft ihnen tiefer im Leben sitzt als den Fremden. Auch sie, die noch jetzt dem neuen Staat widerstreben, thun in der großen Mehrzahl dies nur, weil sie wie ihre Väter in der Zeit über Kleinstaaterei sich einen eigenen Idealismus gesucht und ihr Herz irgendwo festgehängt haben. Gelingt erst dem neuen Staat, sich um alle Deutsche einzurichten, so werden sie in der nächsten Generation ihre Hingabe dem großen Vaterland ebenso widmen, wie jetzt dem kleinen, oder römischer Bruderschaft.

Freilich diese angeborene Art, sich mit dem Gemüth irgendwo zu verpflichten und an dieser Verpflichtung auch dann festzuhalten, wenn die Vernunft dagegen spricht, erschwert jetzt die Vereinigung der deutschen Parteien zu einem politischen Ganzen. Wenn wir nur mit den realen Interessen des Egoismus zu rechnen hätten, wäre der Sieg viel leichter, auch die doctrinäre Starrköpfigkeit unserer Landsleute, die oft getadelte, ist es nicht, welche den Streit hart macht, am meisten hindert jetzt dasselbe warme Gemüth, welches, wie wir hoffen, einst dem neuen Staat zu reichem Segen sein wird.

Gern möchten wir, daß es den süddeutschen Nachbarn in der Hauptstadt des Nordens wohlgefalle. Wir sind deshalb nicht ohne Sorgen: das theure und dem Süddeutschen unheimische Tagesleben, das unbehagliche Gefühl, in unsicherer Stellung, vielleicht widerstrebend dort zu sein, und die kühle Zurückhaltung des Norddeutschen mögen im Anfange eher abstoßen, als Annäherung vermitteln. Auch die süddeutschen Freunde, welche unserer Partei am nächsten stehen, werden einige Geduld mit uns nöthig haben. Sie kommen

aus hartem Kampfe für den deutschen Staat, in gehobener Stimmung und mit offenen Armen, und sie finden unter den Parteigenossen Kühle, oder gar zweifelnde Kritiker, die durch persönlichen Streit wohl all zu sehr gereizt und verbittert sind. Möge die frische Empfindung des Südens mit der dauerhaften Beharrlichkeit des Nordens sich zuerst in der nationalen Partei gut zusammenfügen. Auch von Berlin wünschen wir, daß die Stadt im ersten Frühlingschmuck einigermaßen den übeln Reumund, den sie im Süden hat, unwahr mache.

In einem sind wir den Süddeutschen zuvor: wir kennen sie besser, als sie mit unserer Art bekannt sind, denn seit vielen Jahren sind wir mehr zu ihnen gereist, als sie zu uns, und haben uns mehr um sie gekümmert, als sie um uns. Jetzt werden auch sie Charakter und Zustände des preussischen Staates in Vielem anders finden, als sie daheim meinten. Die Durchbildung unserer Nation zu politischer Freiheit ist in keinem unserer Staaten zur Zeit sehr weit gediehen, aber gerade nach dieser Richtung ist das viel verlagte Preußen hinter dem übrigen Deutschland nur hie und da zurückgeblieben; auf weiten Gebieten: in der Kirche, sogar in der Selbstverwaltung localer Interessen hat es schon längst die Ansätze zu einer höheren Freiheit, als in irgend einem der übrigen Staaten zu finden ist.

Die Süddeutschen sind in dem Reichstage bereits nach dem Grade ihrer Freiheit abgeschätzt worden; die Linke wurde damals durch eine Behauptung des Grafen Bismark zur Heiterkeit angeregt, daß die größere Freiheitsentwicklung in Preußen den Süden fernhalte, und der leitende Staatsmann erklärte wieder mit Uebergewicht, die Linke könne nicht wissen, wie sehr ihre Heiterkeit ihn seinerseits belustige. Beide Parteien hätten wahre Gründe für ihre Auffassung anführen können. Doch der Bundeskanzler diesmal die besseren. Sämmtliche Süddeutsche haben mit gutem Grunde das Bewußtsein, daß sie freier leben, als die Preußen, und sie sind doch in Wirklichkeit despotischer regiert. Zwar das ist falsche Freiheit und soll hier gar nicht in Rechnung gebracht werden, was sie selber so oft als einen Vorzug empfinden, daß sie weniger für ihren Staat zu leisten und auszugeben haben, und daß sie alle irdische Majestät im Allgemeinen mit einem Mangel von Hochachtung anzusehen geneigt sind. Wohl aber ist ein wirklicher Vortheil auf ihrer Seite, daß das Regiment, durch welches sie kurz gehalten werden, ihnen viel behaglicher ist, als den preussischen Staatsbürgern das ihrige. Ihre Staaten sind Beamtenmaschinen nach französischem Muster, und die Beamten leiten, machen, tyrannisiren in Wirklichkeit dort Alles, zumal in der Verwaltung. Aber diese Despoten des Landes sind zwar in ihrem Amte zuweilen grob und herrschsüchtig, noch häufiger indolent, schlaff, lässig, im Uebrigen sehr bequeme Leute, die Söhne und Brüder der wortführenden Sprecher, sie sitzen

Abends mit ihren Bürgern auf derselben Bank und spielen mit denselben Karte, und wenn ja einmal in der Zeit des Zufers oder des Salvators der vielmögliche Beamte beim Heimgehe eine Schwäche empfindet, so führen ihn seine Mitbürger als ihresgleichen siegreich nach Hause. Das ist in Preußen anders. Dort ist in den Kreisen und Provinzen weit mehr Selbstregiment, die einzelnen Theile des Volkes besorgen einen Theil ihrer Geschäfte selbst, woran im Süden noch lange nicht zu denken, aber den Hauptantheil an dieser Selbstverwaltung haben die Familien der Landgentry. Diese Gentry und die Beamten, welche die Verbindung zwischen dem Staat und Volk herstellen, haben einen vornehmen und oft hochmüthigen Strich, sie bestehen zum großen Theil aus Söhnen altfässigen Landadels, so die Kreisdeputirten, Landräthe, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, sie stehen zum Volke fremder, und in der Weise, wie sie die Wirthschaft des Staates besorgen, ist häufig junkerhafte Parteitendenz und ein Familienregiment sichtbar. Das erhält den Bürger kritisch, und darum wird jeder Uebergriff eines Beamten leicht als Arroganz und Druck einer Kaste empfunden. Aber im letzten Grund und abgesehen von dem Parteikampf der Gegenwart ist die starke Entwicklung dieser Gentry offenbar für den deutschen Staat ein werthvoller Gewinn. Ein guter Theil der preußischen Erfolge seit dem dreißigjährigen Kriege ist darauf zurückzuführen, daß es den Hohenzollern gelang, die Familien unruhiger Vasallen im Heere und in der Verwaltung zu nutzbringenden Mitgliedern des Staats zu formen. Wir haben noch gegen einige Reste feudaler Gewohnheiten unter ihnen zu kämpfen, ja wir halten noch manches in ihrer politischen Stellung für ungesund und sind entschiedene Gegner der Standesprivilegien, welche sie in dem modernen Staat in Anspruch nehmen möchten. Aber wenn unter dem Einfluß der Zeitbildung ihrem Leben abgestreift wird, was von ihren Ansprüchen und Gewohnheiten unhaltbar geworden ist, so vermögen sie als Gutsbesitzer, in Heer und Diplomatie, in der Kreisverwaltung und im Beamtenstand einen sehr wohlthätigen Einfluß zu üben, ebensosehr sichere Vertreter der Freiheit, als der Ordnung.

Es ist bedeutsam, daß die Deutschen, welche den Völkern der Erde so lange für unpraktische Politiker gegolten haben, sich zuerst in einem Parlament zusammenfinden, welches nur praktische und materielle Fragen beantworten soll, und daß jetzt der unruhige Nachbar auf der andern Seite des Rheins keine größere Sorge hat, als daß die alte deutsche Gemüthswärme doch bei den Verhandlungen über Tabak- und Zuckersteuer zum Ausbruch kommen könnte. Wir aber im Nordbund, die wir abwarten müssen, ob unsere Landsleute im Süden die politische Brüderschaft uns anbieten, wir sind doch, wie auch jetzt ihre Worte und ihre Meinung laut werden, ihrer Seelen weit sicherer, als sie selbst meinen. Wir kennen sie, wie sie seit

Jahrhunderten gewesen, wir sehen vielleicht unbefangener, als sie, was wir ihnen werth sind und wie viel sie uns werden können; und wir sind überzeugt, fest und innig, daß sie doch alle zu uns kommen werden, und daß in wenigen Jahren ihnen selbst dieser Gedanke deutlich und lieb sein wird.

Die Eröffnung des Zollparlamentes.

Berlin, 27. April.

In dreierlei Richtung hängt die hochgespannte Erwartung der Nation an dem heut hier eröffneten Parlament, das ihre erste gesetzliche Gesamtvertretung nach dem gleichsam improvisirten und verunglückten Versuch von 1848 ist. Die Neubildung politischer Parteien, welche mit den Ereignissen von 1866 begonnen, soll einen gewissen vorläufigen Abschluß finden, und aus den jetzt bestehenden Anfängen und Bruchstücken eine nationale Gesamtpartei sich herausgestalten. Das Zollparlament hat ferner darzuthun, ob und inwieweit es ein geeignetes Gefäß für die Entwicklung der Einheitsideen und Einheitsformen ist. Endlich soll durch seine Action auf die überlieferte Gesetzgebung des Zollvereins dem wirtschaftlichen Leben des deutschen Volks ein frischer mächtiger Anstoß gegeben werden.

Am wenigsten vorbereitet ist die Versammlung offenbar, der dritten dieser Aufgaben zu entsprechen, die ihre eigentliche, vertragsmäßige und nächste ist. Die Mitglieder des norddeutschen Reichstages, welche als solche auch Mitglieder des Zollparlamentes sind, haben sich ihren Wählern nicht vorgestellt, sind von diesen nicht ausersehen worden mit irgend einer bestimmenden Rücksicht auf die Zollvereinsgesetzgebung. Eine große Zahl von ihnen ist bereit, zu gestehen, daß sie sich von heute an nicht mehr recht competent zum Mitsprechen fühle; in das Detail der nun zu entscheidenden wichtigen, zum Theil schwierigen und verwickelten Fragen werden sie sich daher noch weniger vertiefen, als das der Regel nach das Gros irgend einer repräsentativen Körperschaft thut. Diese relative sachliche Schwäche des norddeutschen Hauptcorps wird auch durch keine besondere technische Force des Zuzugs aus Süddeutschland ausgeglichen. Wir wissen ja, auf welche Schlagworte und Merkmale hin die Abgeordneten in Baiern, Württemberg, Baden und Südhessen gewählt wurden. Mit Ausnahme eines einzelnen der badischen Vertreter, sind sie ebenfalls wegen ihrer politischen Gesinnung und Fähigkeit, nicht als vorzugsweise berufene Kenner von Zollfragen hierher entsandt worden.

Indessen mag dies nicht gerade als Unglück angesehen werden. Ein Parlament kann nicht und braucht nicht eine Vereinigung von Interessenten und Experten zu sein. Wenn es unter dem politischen Gesichtspunkt seinen